



## (SPÄT-) SOMMERINFO

Dieses Sommerinfo soll Mitgliedern und Freundinnen der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD und allen an der Auseinandersetzung um KONRAD Interessierten einen aktuellen Überblick über die Lage und den Stand unserer Arbeit geben.

Mit der scheinbar einsamen Entscheidung des Vorstandsvorsitzenden der Veba, von Bennigsen-Foerder, der bundesdeutschen Wiederaufarbeitungsanlage im bayrischen Wackersdorf eine Absage zu erteilen und statt dessen eine Kooperation mit der französischen Energiewirtschaft anzustreben, kam in diesem Frühjahr Bewegung in die Auseinandersetzung um die Atomtechniknutzung. Die Vorbereitungen für eine öffentlichkeitskampagne zur Auslegung lief auf vollen Touren, als die Auslegung Mitte Mai, begründet mit der neuen Lage, überstürzt ausgesetzt wurde. Mit dem Sommerinfo soll skizziert werden, was sich seither getan hat, wie die Arbeitsgemeinschaft auf die neue Lage reagiert hat, und vor welchen neuen Fragen und Aufgaben wir stehen. Es soll zugleich Material und Anregung für die inhaltliche Diskussion und die auf der Jahreshauptversammlung im September anstehenden Entscheidungen sein.

·Einstweilen wünscht der geschäftsführende Vorstand jedoch noch erholsamen Sommertage.

Auf einen Blick die wichtigsten:

## Terminübersicht

### Samstag, 2. September, ganztags

"Beratungsschulung" der AG Schacht KONRAD in Braunschweig für alle, die die Auslegungskampagne unterstützen wollen. Anmeldung und Information über die Geschäftsstelle.

### Montag, 4. September, 20.00 Uhr

Erweiterter Vorstand der AG Schacht KONRAD im Freizeit- und Bildungszentrum in Braunschweig. Eingeladen sind VertreterInnen der SPD-Landtagsfraktion.

### Montag, 11. September, 20.00 Uhr

Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft im Bürgerzentrum in Vechelde: Bericht und Diskussion zur Lage, Schwerpunkte und Arbeitsplanung, Vorstandswahlen.

### Freitag, 15. September, 14.00 Uhr in Bonn

Bundesweite Beratung über Maßnahmen gegen die Europäisierung der Atomenergienutzung.

### Samstag, 16. September, ganztags

"Zum aktuellen Stand der wissenschaftlichen Kritik an Schacht KONRAD, Seminar des Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt mit Mitarbeitern der GRUPPE ÖKOLOGIE Hannover im Haus kirchlicher Dienste in Braunschweig, Klostergang 66; Informationen und Anmeldung über die Geschäftsstelle

## Inhalt

Terminübersicht * Inhalt	Seite 2
Bericht zur Lage	Seite 3 - 9
MitarbeiterInnenvorstellung	Seite 10-12
Projekte	Seite 13
Flohmarkt	Seite 14
Europaendlager KONRAD im Klartext	Seite 15
Das Wichtigste zum Schluß !	Seite 16

August 1989

## Bericht zur Lage

Ganz im Zeichen der Vorbereitung auf die öffentliche Auslegung der Planunterlagen stand die Arbeit der AG Schacht KONRAD in diesem Frühjahr. Die breite Ablehnung der Anlage in Südostniedersachsen sollte durch eine ebenso breite Informationskampagne in Land und Bund in sachlich begründete Einwendungen umgemünzt werden, die zugleich Ausdruck des politischen Protestes sein sollten.

### Die Auslegungskampagne

Mit einer Sammeleinwendung, einem Leitfaden für Einzeleinwendungen und einer Zeitung in 200 000 Exemplaren sollte in unzähligen Beratungsstellen in allen Teilen der Region und in eigens angeschafften mobilen Info-Bussen über die KONRAD-Kritik informiert werden. Bundesweite Informationsschreiben in hoher Auflage sollten die bundespolitische Bedeutung KONRADs herausstellen. Daneben wurden eine Reihe von Einzelmaßnahmen, ein Rahmenplakat, Fachgespräche usw. geplant. Alles in allem wurde mit Kosten von ca. 80 000,- DM gerechnet. Zusätzlich und teilweise mit Drittmitteln wurde eine weitere Mitarbeiterin für juristische Fragen und ein Mitarbeiter für den Bereich der Informationsarbeit eingestellt. Mitgliedsgruppen der Arbeitsgemeinschaft hatten mit deren Unterstützung für den 27. Mai eine Sternfahrt und eine anschließende Kundgebung in Bleckenstedt vorbereitet. Tatsächlich wurde die Auslegung der Planunterlagen Anfang Mai für den 29. Mai in Aussicht gestellt, am 16. Mai dann aber doch wieder auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Vorbereitungen für die Auslegungskampagne wurden jedoch soweit abgeschlossen, daß sie sobald das Verfahren weitergeht, beginnen kann.

### KONRAD und die Wackersdorf-Entscheidung

Allen Forderungen, das KONRAD-Verfahren zumindest aussetzen, bis die Konsequenzen aus der Wackersdorf-Entscheidung absehbar seien, hatte das Land Niedersachsen bis Mitte Mai heftig widersprochen. Noch am 5. Mai erklärte Ministerialrat Fricke vom niedersächsischen Umweltminister-

rium im Umweltausschuß des Landtages, ob die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf gebaut werde oder nicht, sei unabhängig von der Einrichtung eines Endlagers in KONRAD, das von vornherein so konzipiert worden sei, daß dort auch Abfälle der Cogema aufgenommen werden könnten. Das Umweltministerium selbst war denn auch von der von Ministerpräsident Albrecht verfügten Verfahrensaussetzung so überrascht, daß es nicht mehr alle Ankündigungsanzeigen zurückziehen konnte. Es zeigte sich schnell, daß Albrechts Entscheidung nichts mit Fragen von Sicherheit und Technik zu tun hatte, sondern auf Gelder aus Bonn gerichtet war. Die Arbeitsgemeinschaft nutzte die gewonnene Zeit, die neue Lage sehr sorgfältig zu analysieren und zu diskutieren und notwendige Maßnahmen auszuarbeiten.

Die Mitgliederversammlung am 5. Juni in Braunschweig und der erweiterte Vorstand am 15. Juni diskutierten die Bedeutung der Wackersdorf Entscheidung für KONRAD ebenso, wie sie regelmäßiger Diskussionspunkt der wöchentlichen Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes (z.Zt. Dienstags, 17.00 - 19.00 Uhr im Büro in Bleckenstedt) wurde. Die Ergebnisse dieser Diskussionen, zunehmend unter den Stichworten "Europäisierung" und "neuer Energiekonsens" geführt, lassen kurz so skizzieren:

Die Aufgabe der bundesdeutschen Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, die die Bundesregierung mehr oder minder zähneknirschend politisch sanktionierte, war nur der Startschuß einer europäischen Neuorganisation der Atomenergienutzung, sowie der Atom- und Energiewirtschaft selbst. Treibende Kraft dabei ist die kapitalkräftige, expandierende bundesdeutsche Energiewirtschaft. Ihre Kooperation mit der mit 70 Mrd. DM ruinös verschuldeten staatlichen Elektrizitätsgesellschaft in Frankreich zielt auf die gemeinsame Vermarktung des staatlich hochsubventionierten Atomstroms, von dem in Frankreich hohe überkapazitäten bestehen. Die Kooperation in der Wiederaufarbeitung, einer Technik, die energiewirtschaftlich unsinnig und teuer ist, die in der BRD jedoch staatlich verlangt wird(!), soll Kosten reduzieren und den innenpolitischen Streit um Atomenergie entschärfen. Damit verbunden wird der Wunsch, die

derzeit laufenden Atomanlagen bis möglichst weit über die Amortisationsgrenze hinweg betreiben zu können. Ganz anders sieht es bei der Atomwirtschaft (Anlagenbau) selber aus. Weil es weltweit keine Aufträge gibt, in der Branche selbst wird von einer Durststrecke gesprochen, wird die internationale Kooperation nicht zur Expansion sondern zum Überleben gesucht. Weltweit schließen sich die Firmen bei rapide sinkenden Umsätzen zu Konsortien zusammen, so auch die französische Framatom und die Kraftwerksunion, ein Unternehmensbereich von Siemens, in Deutschland. Die KWU, die durch die Aufgabe von Wackersdorf 1 Mrd. DM und 600 Arbeitsplätze verliert, rechnet zukünftig mit einem durchschnittlichen Jahresumsatz von 5,8 Mrd. DM, von dem nicht einmal die Hälfte aus dem Nuklearbereich kommt und durch Serviceleistungen erzielt wird.

Durch die Wackersdorf-Entscheidung der Veba wurden diese schon seit geraumer Zeit forcierten wirtschaftlichen Verbindungen Gegenstand zwischenstaatlicher Vereinbarungen. Noch in diesem Herbst sollen daraus völkerrechtlich verbindlichen Verträge werden, die die bundesdeutsche Politik über diese Legislaturperiode hinaus, damit also auch nachfolgende Regierungen, festlegen werden. Dabei soll sowohl die Zusammenarbeit verschiedener Wirtschaftsbranchen, wie auch Zielvorgaben und gemeinsame Organisation der Atomtechnik geregelt werden. Die Rede ist von gemeinsam zu entwickelnden neuen Reaktoren und der gemeinsamen Nutzung der französischen (und britischen) Wiederaufarbeitungsanlage. Betont wird von bundesdeutscher Seite, die Endlagerung des Atommülls verbleibe in "nationaler Verantwortung". Es gibt eine Reihe von Gründen anzunehmen, daß dies trotz anderslautenden Beteuerungen nicht ausschließt, daß Gorleben und KONRAD europäische Endlager werden. Wenn sich nämlich das nationale Wiederaufarbeitungsgebot des Atomgesetzes unter deutscher Beteiligung auch in Frankreich und Großbritannien erfüllen läßt, läßt sich dann nicht auch die nationale Verantwortung Frankreichs für seinen Atommüll unter französischer Kontrolle in KONRAD erfüllen? Gerade bei KONRAD, dessen beantragtes Fassungsvermögen weit größer ist, als das Volumen des in der BRD

anfallenden Atommülls, müßte die bundesdeutsche Wirtschaft ein Interesse an der Vermarktung dieses Hohlraumes haben. Frankreich und Großbritannien ihrerseits fürchten, angesichts fehlender eigener Endlagermöglichkeiten einen erheblichen Akzeptanzverlust in ihren Bevölkerungen, wenn es nicht bald Lösungen gibt. Und schließlich räumte Bundesumweltminister Töpfer im Umweltausschuß des Bundestages im Mai sogar ein, daß nach Errichtung des europäischen Binnenmarktes die Position der nationalen Verantwortung für den Atommüll "keine einklagbare Größenordnung" mehr sei. Der Binnenmarkt soll 1993 losgehen, die Einlagerung in KONRAD wohl kaum vor 1995.

### Statt europäisieren \* jetzt aussteigen!

Der Umbau des nationalen Atomprogrammes zu einem europäischen begann am 13. März mit dem Veba-Coup und soll politisch und juristisch noch in diesem Herbst unter Dach und Fach sein. In der derzeitigen Entwicklung spielt die Tatsache, daß die Mehrheit der Bevölkerung Atomenergie nicht mehr will, keine Rolle. Ist diese Entwicklung erst einmal abgeschlossen, wird es für Betroffene vor Ort kaum noch Einflußmöglichkeiten geben. Der gesellschaftlichen Mehrheit gegen Atomenergie soll ein "neuer Energiekonsens" von Bundesparteien und Wirtschaft entgegengestellt werden. Der geschäftsführende Vorstand der AG Schacht KONRAD ist deshalb zu der Auffassung gekommen, daß die Verhinderung des Endlagers KONRAD immer weniger von Fragen der Sicherheit und Technik abhängt, und immer stärker von bundespolitischen, europäischen und v.a. wirtschaftlichen Entwicklungen abhängt. Sich hier einzumischen und selbst die europaweite Kooperation der Betroffenen zu suchen, wird zunehmend wichtig und sollte zentrales Thema der Jahreshauptversammlung am 11. September sein.

Einstweilen wurden einige Sofortmaßnahmen eingeleitet. Auf Anregung der Arbeitsgemeinschaft fand am 3. Juli in Wolfenbüttel eine Veranstaltung mit dem Politologen Heinz Laing (Mitarbeiter der Grünen im Bundestag) statt, der die Entwicklung seit Jahren beobachtet hat.

derzeit laufenden Atomanlagen bis möglichst weit über die Amortisationsgrenze hinweg betreiben zu können. Ganz anders sieht es bei der Atomwirtschaft (Anlagenbau) selber aus. Weil es weltweit keine Aufträge gibt, in der Branche selbst wird von einer Durststrecke gesprochen, wird die internationale Kooperation nicht zur Expansion sondern zum Überleben gesucht. Weltweit schließen sich die Firmen bei rapide sinkenden Umsätzen zu Konsortien zusammen, so auch die französische Framatom und die Kraftwerksunion, ein Unternehmensbereich von Siemens, in Deutschland. Die KWU, die durch die Aufgabe von Wackersdorf 1 Mrd. DM und 600 Arbeitsplätze verliert, rechnet zukünftig mit einem durchschnittlichen Jahresumsatz von 5,8 Mrd. DM, von dem nicht einmal die Hälfte aus dem Nuklearbereich kommt und durch Serviceleistungen erzielt wird.

Durch die Wackersdorf-Entscheidung der Veba wurden diese schon seit geraumer Zeit forcierten wirtschaftlichen Verbindungen Gegenstand zwischenstaatlicher Vereinbarungen. Noch in diesem Herbst sollen daraus völkerrechtlich verbindlichen Verträge werden, die die bundesdeutsche Politik über diese Legislaturperiode hinaus, damit also auch nachfolgende Regierungen, festlegen werden. Dabei soll sowohl die Zusammenarbeit verschiedener Wirtschaftsbranchen, wie auch Zielvorgaben und gemeinsame Organisation der Atomtechnik geregelt werden. Die Rede ist von gemeinsam zu entwickelnden neuen Reaktoren und der gemeinsamen Nutzung der französischen (und britischen) Wiederaufarbeitungsanlage. Betont wird von bundesdeutscher Seite, die Endlagerung des Atommülls verbleibe in "nationaler Verantwortung". Es gibt eine Reihe von Gründen anzunehmen, daß dies trotz anderslautenden Beteuerungen nicht ausschließt, daß Gorleben und KONRAD europäische Endlager werden. Wenn sich nämlich das nationale Wiederaufarbeitungsgebot des Atomgesetzes unter deutscher Beteiligung auch in Frankreich und Großbritannien erfüllen läßt, läßt sich dann nicht auch die nationale Verantwortung Frankreichs für seinen Atommüll unter französischer Kontrolle in KONRAD erfüllen? Gerade bei KONRAD, dessen beantragtes Fassungsvermögen weit größer ist, als das Volumen des in der BRD

anfallenden Atommülls, müßte die bundesdeutsche Wirtschaft ein Interesse an der Vermarktung dieses Hohlraumes haben. Frankreich und Großbritannien ihrerseits fürchten, angesichts fehlender eigener Endlagermöglichkeiten einen erheblichen Akzeptanzverlust in ihren Bevölkerungen, wenn es nicht bald Lösungen gibt. Und schließlich räumte Bundesumweltminister Töpfer im Umweltausschuß des Bundestages im Mai sogar ein, daß nach Errichtung des europäischen Binnenmarktes die Position der nationalen Verantwortung für den Atommüll "keine einklagbare Größenordnung" mehr sei. Der Binnenmarkt soll 1993 losgehen, die Einlagerung in KONRAD wohl kaum vor 1995.

### Statt europäisieren \* jetzt aussteigen!

Der Umbau des nationalen Atomprogrammes zu einem europäischen begann am 13. März mit dem Veba-Coup und soll politisch und juristisch noch in diesem Herbst unter Dach und Fach sein. In der derzeitigen Entwicklung spielt die Tatsache, daß die Mehrheit der Bevölkerung Atomenergie nicht mehr will, keine Rolle. Ist diese Entwicklung erst einmal abgeschlossen, wird es für Betroffene vor Ort kaum noch Einflußmöglichkeiten geben. Der gesellschaftlichen Mehrheit gegen Atomenergie soll ein "neuer Energiekonsens" von Bundesparteien und Wirtschaft entgegengestellt werden. Der geschäftsführende Vorstand der AG Schacht KONRAD ist deshalb zu der Auffassung gekommen, daß die Verhinderung des Endlagers KONRAD immer weniger von Fragen der Sicherheit und Technik abhängt, und immer stärker von bundespolitischen, europäischen und v.a. wirtschaftlichen Entwicklungen abhängt. Sich hier einzumischen und selbst die europaweite Kooperation der Betroffenen zu suchen, wird zunehmend wichtig und sollte zentrales Thema der Jahreshauptversammlung am 11. September sein.

Einstweilen wurden einige Sofortmaßnahmen eingeleitet. Auf Anregung der Arbeitsgemeinschaft fand am 3. Juli in Wolfenbüttel eine Veranstaltung mit dem Politologen Heinz Laing (Mitarbeiter der Grünen im Bundestag) statt, der die Entwicklung seit Jahren beobachtet hat.

Auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft fanden im Juli zwei bundesweite Beratungen statt. Ergebnis war dabei die Gründung einer Initiative "Statt europäisieren - jetzt aussteigen", die sich noch im August mit einem Aufruf an alle ernsthaft am Ausstieg interessierten Menschen, Gruppen und Organisationen wenden wird. Ziel ist, den Fakten, die gegenwärtig geschaffen werden, zumindest erst einmal eine öffentliche Diskussion entgegenzusetzen, die das Interesse der Bevölkerungsmehrheit einklagt. Für Freitag, den 15. September wird dieser Initiativkreis zu einem weiteren Treffen nach Bonn einladen, um praktische Maßnahmen zu diskutieren. Für Oktober ist ein internationales Treffen mit VertreterInnen vor allem aus Frankreich und Großbritannien geplant.

### Was sonst noch lief.

Neben der sich verschärfenden Auseinandersetzung um "Europäisierung" und den "neuen Energiekonsens" lief die tägliche Arbeit natürlich weiter:

- \* Die Ankündigung der Auslegung führte von April bis Juni zu einer Flut von Vortragsterminen in der Region, die wir zu bestreiten hatten, zeitweise bis zu drei Terminen täglich.
- \* Zu einer ebensolchen Flut von schriftlichen Anfragen führten ein kurzer Hinweis auf die Auslegung in der Natur, sowie Beiträge im BBU-Rundbrief und unser Auftreten beim evangelischen Kirchentag in Berlin. Beides zusammengenommen kennzeichnet nach Auffassung des Vorstandes, daß immer mehr Menschen in der Region und bundesweit die Bedeutung von KONRAD erkennen, und bereit sind, sich mit uns dagegen zu engagieren.
- \* Der Salzburger Publizist Robert Jungk und Pfarrer Leo Feichtmeier, einer der Initiatoren des christlichen Widerstandes gegen die WAA in Wackersdorf, konnten auf Initiative der AG auf Veranstaltungen in der Region begrüßt werden.
- \* Ebenfalls auf Initiative der AG errichtete die berliner Künstlergruppe "Das Teil" gegenüber von KONRAD eine Plastik aus Elektro-Schrott.

### Aktion Sommerloch.

Kein Sommerloch hatte die Arbeit von geschäftsführendem Vorstand und MitarbeiterInnen der AG. Neben der Weiterarbeit an der Auslegungskampagne, der kontinuierlichen Auseinandersetzung über die Europäisierung, der laufenden Arbeit und dem Abarbeiten von Liegegebliebenen, hat sich der Vorstand v.a. mit Fragen der inneren Organisation und der Arbeitsorganisation der AG beschäftigt. Ein sichtbares Ergebnis wird ab Ende August das stärker zur Infostelle umgestaltete Büro in Bleckenstedt sein. Weitere Maßnahmen, etwa die Vergrößerung des geschäftsführenden Vorstandes auf 7 Personen, werden der Hauptversammlung vorgeschlagen oder sind, wie der Versuch, fachliche Arbeitskreise einzurichten, bereits begonnen.

### Finanzen

Als einen krassen Irrtum bezeichnet der Finanzverantwortliche der AG, Rolf Stein, die offenbar verbreitete Auffassung, weil auch Kommunen Mitglied der Arbeitsgemeinschaft sind, schwimme die AG im Geld. Dem ist nicht so. Zwar sind derzeit alle laufenden Ausgaben gedeckt, längerfristig wäre die AG aber kaum in der Lage, den gegenwärtigen Arbeitsumfang aus Eigenmitteln aufrecht zu erhalten. Dies betrifft insbesondere die Finanzierung von zwei vollen Stellen aus Eigenmitteln, die notwendige Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit während der Auslegung (geschätzte Kosten 80 000,- DM), sowie geeignete Maßnahmen zur Europäisierung. Stein konstatiert, daß eine Vielzahl von Dienstleistungen von der AG verlangt werden, die aber in der Summe nicht durch Beiträge und Beteiligungen gedeckt werden. Dieses Mißverhältnis zu beseitigen, ist die Voraussetzung dafür, so wirkungsvoll wie bisher weiterzuarbeiten und noch wirkungsvoller zu werden.

Rolf Stein selbst will nach zwei Jahren aufreibender Tätigkeit nicht wieder als Finanzverantwortlicher der AG kandidieren. Der Vorstand hat dies zum Anlaß genommen zu beraten, wie dem oder der Finanzverantwortlichen die Ar-

beit zukünftig erleichtert werden kann und wie die Finanzen der AG langfristig gesichert werden können. Vorschläge hierzu werden ebenso gerne entgegengenommen, wie finanzielle Beiträge.

### Und so geht's weiter.

Das niedersächsische Umweltministerium plant die öffentliche Auslegung der Planunterlagen nunmehr für Oktober/ November, die Ankündigung soll bis Mitte September erfolgen. Die Durchführung der öffentlichen Erörterung der Einwendungen gegen die Planunterlagen noch vor der Landtagswahl, sei ungewiß, die Erteilung des Planfeststellungsbeschuß unmöglich. Bei allen berechtigten Zweifeln, ob die Planung des Umweltministeriums diesmal realistisch ist, muß sich die AG doch in jedem Falle darauf einstellen, die Auslegungskampagne im Herbst durchzuführen.

Dazu werden im Herbst mehrere **Fachseminare** stattfinden: eine "Beratungsschulung" am 2.9., ein Tagesseminar zum aktuellen Stand der wissenschaftlichen KONRAD-Kritik, am 16. September; sowie ein Tagesseminar zu aktuellen Rechtsfragen, für das der Termin noch offen ist.

Der **Erweiterte Vorstand** tagt am 4.9. um 20 Uhr im Freizeit- und Bildungszentrum in Braunschweig. Eingeladen sind VertreterInnen der SPD-Landtagsfraktion, um über deren Haltung zu KONRAD und zur Europäisierung zu diskutieren.

Die **Jahreshauptversammlung** der AG hat am 11. September um 20.00 Uhr im Bürgerzentrum Vechelde ein volles Programm zu absolvieren. Neben dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes sind die aktuelle Entwicklung zu diskutieren und Schwerpunkte für die weitere Arbeit festzulegen. Angesichts der internationalen Entwicklung und der darin gewachsene Bedeutung von KONRAD wird dies von weitreichender Bedeutung sein. Außerdem werden Vorschläge zur praktischen Arbeit und den Finanzen der AG vorliegen und ein Finanzplan zu verabschieden sein. Schließlich ist ein neuer Vorstand zu wählen, wobei die Wahl von 7 statt bisher 5 VorständlerInnen vorgeschlagen wird, vom alten Vorstand aber 2 Mitglieder nicht wieder kandidieren wollen.

## MitarbeiterInnenvorstellung

Um die Arbeit während der anstehende Auslegung der Planunterlagen zu bewältigen, hat die Arbeitsgemeinschaft derzeit 34 MitarbeiterInnen. Neben dem bewährten Geschäftsführer Claus Schröder (seit 1.1.1988) ist Claudia Fittkow für juristische Fragen und Peter Dickel für Öffentlichkeitsarbeit und einiges mehr zuständig. Als "geringfügig Beschäftigte", besorgt Irma Stein die Buchführung, mit der sie alles andere als geringfügig beschäftigt ist. Im folgenden stellen sich Peter Dickel und Claudia Fittkow vor.

**Peter Dickel:**

**Öffentlichkeit, bundesweite Arbeit, Finanzen**

Nach acht Monaten Abstinenz, die ich v.a. mit meiner jetzt 17 Monate alten Tochter verbrachte, holte mich Rolf Stein im April zur Arbeitsgemeinschaft zurück. Diesmal jedoch als Mitarbeiter, nachdem ich bis August 1988 im geschäftsführenden Vorstand war. 34 Jahre alt, seit 13 Jahren in der Anti-AKW-Bewegung, beschäftige mich seit ungefähr 1978 mit ASSE II und KONRAD. Beruflich habe ich LKWs und Taxis gefahren, gedruckt, war Abgeordnetenmitarbeiter, habe freiberuflich als Journalist und in der Erwachsenenbildung gearbeitet und vieles andere mehr gemacht.

Seit dem 15. April bin ich bei der Arbeitsgemeinschaft für die Bereiche Öffentlichkeit, Presse und Information, bundesweite Kontakte und Aktivitäten und die Unterstützung der Finanzverwaltung angestellt. Dazu kommen Einzelthemen, Kontakte zu bestimmten Gruppen und die notwendige Unterstützung der allgemeinen Vereinsarbeit, an der sich natürlich alle Mitarbeiter beteiligen. Inhaltlicher Schwerpunkt meiner bisherigen Arbeit war und wird in nächster Zeit bleiben, die Europäisierung der Energie- und Atomwirtschaft und die Gefahr eines europäischen Endlagers KONRAD.

Ab September wird die Arbeitsgemeinschaft einen eigenen Pressedienst herausgeben, der hauptsächlich über Telefax

verbreitet wird und damit ziemlich aktuell sein kann. Wünschenswert wäre, wenn die Mitgliedsorganisationen mir ihre Presse- und Informationsmaterialien regelmässig zusenden würden.

Daneben bin ich für Betreuung, Ausarbeitung und Weiterentwicklung der Medien der Arbeitsgemeinschaft zuständig. Wer daran interessiert ist, daß die AG schneller zu eigenen Medien kommt, als dies durch eine einzelne Arbeitskraft zu leisten ist, ist aufgerufen, sich an dieser Arbeit zu beteiligen. Vorgeschlagen ist, einen Arbeitskreis Medien einzurichten, der sich etwa 14-tägig trifft.

**Was tut ihr eigentlich ?**

werden wir Mitarbeiter regelmässig dann gefragt, wenn wir nicht in der Lage sind, alle die unterschiedlichen Wünsche, die an Arbeitsgemeinschaft und uns persönlich herangetragen werden, immer und möglichst sofort zu erfüllen, oder wenn wir manche Aufgaben überhaupt nicht bereit sind zu übernehmen. Ebenso wie wir immer gesagt haben, daß die Arbeitsgemeinschaft nicht die Aktivitäten ihrer Mitgliedsgruppen ersetzen kann, können auch bezahlte Mitarbeiter nicht den Einsatz der Mitglieder ersetzen. Im Gegenteil sehe ich unsere Aufgabe darin, mit fachlichem Wissen und Sachverstand die Arbeit möglichst vieler Mitglieder und der Arbeitsgemeinschaft insgesamt effektiver zu machen. Umgekehrt aber kann ich mir ziemlich gut vorstellen, daß sich viele Mitglieder kein richtiges Bild machen können, wie unsere Arbeit und Arbeitsbelastung aussieht.

Deshalb lade ich alle Mitglieder herzlich ein, sich selbst ein Bild davon zu machen, wie ich arbeite, Wünsche, Kritik und Anregungen vorzubringen. Mein Büro ist in meiner Wohnung in Braunschweig, und wer Lust und Zeit hat, sollte (bitte unbedingt nach vorheriger Anmeldung) mal auf eine Tasse Kaffee oder Tee (zu mehr reicht die Zeit meist nicht) vorbeikommen und sich den Betrieb ansehen. Oder anrufen oder schreiben.

Peter Dickel, Sophienstraße 14, 3300 Braunschweig  
Telefon: 0531 / 89 16 32 \* Telefax: 0531 / 89 56 10

## MitarbeiterInnen stellen sich vor

Claudia Fittkow, Braunschweig: Ich stelle mich vor

Seit April 1989 bin ich zunächst bis zum 14.1.1990 angestellt bei der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad als ..., ja, als was nun genau ?

Einerseits läßt sich mein Aufgabenbereich - denke ich - be- und umschreiben mit dem Begriff "juristische Beraterin", andererseits erweckt soch eine Bezeichnung auch hohe Erwartungen in die allwissende Fachkompetenz des Juristen/der Juristin, der nach meiner Auffassung bei der Dimension der politischen, wirtschaftlichen und auch rechtlichen Problematik kaum jemand allein wird gerecht werden können.

Ich habe mich nun seit April 89 intensiv in die Problematik um Schacht Konrad versucht einzuarbeiten und stelle fest, daß die Problemstellungen vielschichtiger sind, als zunächst angenommen.

Zunächst dachte ich, wie wir wohl alle, daß es möglich sein könnte, durch gezielte und gut durchformulierte Einwendungen (Sammel- und Einzeleinwendungen) das Projekt Konrad stoppen und vielleicht auch kippen zu können. Heute vertrete ich die Auffassung, daß das Planfeststellungsverfahren, nach dem Konrad genehmigt werden wird, als das einzig zur Verfügung stehende "rechtliche Handwerkszeug" zur Realisierung eines solchen Großprojektes unzureichend ist und an der wirklichen Problematik völlig vorbeigeht. Das ist so, als ob jemand versucht, mit einer Nagelschere allein ein Getreidefeld abzuernten ohne Rücksicht darauf, daß das Schneidegerät zu klein und ein Dreschgerät zur Gewinnung der Getreidekörner nicht vorhanden ist.

Heute denke ich, daß auf allen Ebenen (juristisch, politisch, mit wirtschaftlichem Druck, wie auch immer) zunächst versucht werden muß, dieses gigantische Wahnsinnsprojekt zu stoppen. Danach muß meiner Auffassung nach wichtiges Streben aller politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger sein, den Begriff "Endlager" im Atomgesetz zu überdenken, neu definieren, evtl. ganz herausnehmen. Es ist ein Unding, daß ein bundesdeutsches Gesetz bundesdeutschen Entscheidungsträgern vorschreibt, eine bis in die Unendlichkeit dauernde und wirkende Anlage zu schaffen ohne Rücksicht darauf, daß jede menschliche und staatliche Ordnung zeitlich befristet, somit endlich, ist.

In diesem Zusammenhang arbeite ich z.Zt. an entsprechenden Fachaufsätzen zur Veröffentlichung in der juristischen Fachliteratur, um diese zwingend notwendige Diskussion innerhalb der Juristen -und die Verwaltungsrechtler- sind z.Zt. die einzigen, die über Gerichtsentscheidungen das Projekt stoppen können- anzustoßen.

Was können wir alle gemeinsam tun? Zunächst einmal ist wichtig, Zeit zu gewinnen ! D.h.: so viele Einwendungen wie möglich mit allen nur überhaupt denkbaren Argumenten und Überlegungen, die gegen das Projekt Konrad sprechen, sammeln und einreichen ohne Rücksicht darauf, ob diese später juristisch und gerichtsverwertbar "wasserdicht" sind.

Eine Sammeleinwendung gibt es bereits und ich bereite z.Zt. noch einen Einwender/innen-Leitfaden vor.

Wer bin ich, werden sich wohl auch einige fragen. Nun, ich habe einige Jahre selbständig als Rechtsanwältin praktiziert in einer Helmstedter Anwaltskanzlei, habe dann aus persönlichen Gründen meine Anwaltstätigkeit aufgegeben, habe ursprünglich viel Zeit und Kraft in die Ausländer- und Asylrechtsproblematik gesteckt und stelle nun fest, daß die Rechtsfragen um Schacht Konrad und das Suchen nach Lösungsansätzen in diesem Bereich eine faszinierende Lebensaufgabe werden könnte.

## MitarbeiterInnen stellen sich vor

verbreitet wird und damit ziemlich aktuell sein kann. Wünschenswert wäre, wenn die Mitgliedsorganisationen mir ihre Presse- und Informationsmaterialien regelmässig zusenden würden.

Daneben bin ich für Betreuung, Ausarbeitung und Weiterentwicklung der Medien der Arbeitsgemeinschaft zuständig. Wer daran interessiert ist, daß die AG schneller zu eigenen Medien kommt, als dies durch eine einzelne Arbeitskraft zu leisten ist, ist aufgerufen, sich an dieser Arbeit zu beteiligen. Vorgeschlagen ist, einen Arbeitskreis Medien einzurichten, der sich etwa 14-tägig trifft.

### Was tut ihr eigentlich ?,

werden wir Mitarbeiter regelmässig dann gefragt, wenn wir nicht in der Lage sind, alle die unterschiedlichen Wünsche, die an Arbeitsgemeinschaft und uns persönlich herangetragen werden, immer und möglichst sofort zu erfüllen, oder wenn wir manche Aufgaben überhaupt nicht bereit sind zu übernehmen. Ebenso wie wir immer gesagt haben, daß die Arbeitsgemeinschaft nicht die Aktivitäten ihrer Mitgliedsgruppen ersetzen kann, können auch bezahlte Mitarbeiter nicht den Einsatz der Mitglieder ersetzen. Im Gegenteil sehe ich unsere Aufgabe darin, mit fachlichem Wissen und Sachverstand die Arbeit möglichst vieler Mitglieder und der Arbeitsgemeinschaft insgesamt effektiver zu machen. Umgekehrt aber kann ich mir ziemlich gut vorstellen, daß sich viele Mitglieder kein richtiges Bild machen können, wie unsere Arbeit und Arbeitsbelastung aussieht.

Deshalb lade ich alle Mitglieder herzlich ein, sich selbst ein Bild davon zu machen, wie ich arbeite, Wünsche, Kritik und Anregungen vorzubringen. Mein Büro ist in meiner Wohnung in Braunschweig, und wer Lust und Zeit hat, sollte (bitte unbedingt nach vorheriger Anmeldung) mal auf eine Tasse Kaffee oder Tee (zu mehr reicht die Zeit meist nicht) vorbeikommen und sich den Betrieb ansehen. Oder anrufen oder schreiben.

Peter Dickel, Sophienstraße 14, 3300 Braunschweig  
Telefon: 0531 / 89 16 32 \* Telefax: 0531 / 89 56 10



Claudia Fittkow, Braunschweig: Ich stelle mich vor

Seit April 1989 bin ich zunächst bis zum 14.1.1990 angestellt bei der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad als ..., ja, als was nun genau ?

Einerseits läßt sich mein Aufgabenbereich - denke ich - be- und umschreiben mit dem Begriff "juristische Beraterin", andererseits erweckt soch eine Bezeichnung auch hohe Erwartungen in die allwissende Fachkompetenz des Juristen/der Juristin, der nach meiner Auffassung bei der Dimension der politischen, wirtschaftlichen und auch rechtlichen Problematik kaum jemand allein wird gerecht werden können.

Ich habe mich nun seit April 89 intensiv in die Problematik um Schacht Konrad versucht einzuarbeiten und stelle fest, daß die Problemstellungen vielschichtiger sind, als zunächst angenommen.

Zunächst dachte ich, wie wir wohl alle, daß es möglich sein könnte, durch gezielte und gut durchformulierte Einwendungen (Sammel- und Einzeleinwendungen) das Projekt Konrad stoppen und vielleicht auch kippen zu können. Heute vertrete ich die Auffassung, daß das Planfeststellungsverfahren, nach dem Konrad genehmigt werden wird, als das einzig zur Verfügung stehende "rechtliche Handwerkszeug" zur Realisierung eines solchen Großprojektes unzureichend ist und an der wirklichen Problematik völlig vorbeigeht. Das ist so, als ob jemand versucht, mit einer Nagelschere allein ein Getreidefeld abzurnten ohne Rücksicht darauf, daß das Schneidegerät zu klein und ein Dreschgerät zur Gewinnung der Getreidekörner nicht vorhanden ist.

Heute denke ich, daß auf allen Ebenen (juristisch, politisch, mit wirtschaftlichem Druck, wie auch immer) zunächst versucht werden muß, dieses gigantische Wahnsinnsprojekt zu stoppen. Danach muß meiner Auffassung nach wichtiges Streben aller politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger sein, den Begriff "Endlager" im Atomgesetz zu überdenken, neu definieren, evtl. ganz herausnehmen. Es ist ein Unding, daß ein bundesdeutsches Gesetz bundesdeutschen Entscheidungsträgern vorschreibt, eine bis in die Unendlichkeit dauernde und wirkende Anlage zu schaffen ohne Rücksicht darauf, daß jede menschliche und staatliche Ordnung zeitlich befristet, somit endlich, ist.

In diesem Zusammenhang arbeite ich z.Zt. an entsprechenden Fachaufsätzen zur Veröffentlichung in der juristischen Fachliteratur, um diese zwingend notwendige Diskussion innerhalb der Juristen -und die Verwaltungsrechtler- sind z.Zt. die einzigen, die über Gerichtsentscheidungen das Projekt stoppen können- anzustoßen.

Was können wir alle gemeinsam tun? Zunächst einmal ist wichtig, Zeit zu gewinnen ! D.h.: so viele Einwendungen wie möglich mit allen nur überhaupt denkbaren Argumenten und Überlegungen, die gegen das Projekt Konrad sprechen, sammeln und einreichen ohne Rücksicht darauf, ob diese später juristisch und gerichtsverwertbar "wasserdicht" sind.

Eine Sammeleinwendung gibt es bereits und ich bereite z.Zt. noch einen Einwender/innen-Leitfaden vor.

Wer bin ich, werden sich wohl auch einige fragen. Nun, ich habe einige Jahre selbständig als Rechtsanwältin praktiziert in einer Helmstedter Anwaltskanzlei, habe dann aus persönlichen Gründen meine Anwaltstätigkeit aufgegeben, habe ursprünglich viel Zeit und Kraft in die Ausländer- und Asylrechtsproblematik gesteckt und stelle nun fest, daß die Rechtsfragen um Schacht Konrad und das Suchen nach Lösungsansätzen in diesem Bereich eine faszinierende Lebensaufgabe werden könnte.

### Aktivitäten \* Projekte

Die Hauptversammlung am 11.9. muß festlegen, welche der nachfolgenden Projekte weiterverfolgt werden und in welchem Verhältnis sie zur Auslegungskampagne stehen sollen.

**1. Transportkampagne und Transportkonferenz**  
Transporte zu KONRAD gehören zu den größten Risiken des Betriebes der Anlage und betreffen Orte in der ganzen BRD und anderen Ländern, die kaum etwas von der Gefahr wissen. Bund und Land wollen verhindern, daß Anwohner und Kommunen an den Strecken ihre Interessen im Genehmigungsverfahren vertreten können. Mit einer Informationskampagne an den Strecken soll auf die Gefahren hingewiesen, PolitikerInnen aus betroffenen Kommunen und Ländern zu einem Informationstreffen eingeladen werden.

**2. Bundesweiter Kongreß gegen Atomenergie**  
Mit einem Kongreß im nächsten Jahr sollte der Versuch gemacht werden, eine breite Diskussion zwischen allen Menschen und Organisationen zu führen, die der Atomenergie ablehnend gegenüberstehen. Gefordert wären insbesondere die Großorganisationen mit eindeutiger Beschlußlagen wie Gewerkschaften oder SPD. Bundesweit soll ein Spektrum von Organisationen und Menschen angesprochen werden sollen, das dem Spektrum der Mitglieder der AG entspricht.

**3. Bundesweite Demonstration im Frühjahr**  
Nach der Sternfahrt am 29. Mai haben Mitglieder der AG für das nächste Frühjahr eine bundesweite Großdemonstration "Statt europäisieren, jetzt aussteigen" angeregt. Der Plattformentwurf wird mit der Einladung zur Hauptversammlung verschickt, am 28. Oktober findet ein bundesweites Vorbereitungstreffen statt.

Der Geschäftsführende Vorstand hält alle drei Aktivitäten für sinnvoll, allerdings ist die Vorbereitung der Demonstration bereits am weitesten fortgeschritten. Die Transportkampagne und -konferenz wären durchführbar, wenn sie von den Kommunen, die in der AG Mitglied sind, namentlich unterstützt würden.

**Wissenschaftlicher Arbeitskreis gegründet**

Aus Wolfenbüttel kam die Anregung, einen wissenschaftlichen Arbeitskreis einzurichten. Aufgabe soll die Auseinandersetzung um die wissenschaftlichen Dokumente zu KONRAD sein, Planunterlagen, Gutachten, usw. Sie sollen diskutiert, Fragestellungen und Argumentationen entwickelt und die wissenschaftliche Arbeit der AG koordiniert werden. Der AK hat die Arbeit bereits aufgenommen. Wer Interesse an der Mitarbeit hat, kann sich wenden an: **Rolf Stein, Hegelstraße 3, 3340 Wolfenbüttel, 05331 / 6 22 91**

**Arbeitskreis Medien vorgeschlagen**

Die Einrichtung des wissenschaftlichen AK ließ die Hoffnung entstehen, daß es vielleicht auch in anderen Bereichen Bereitschaft von Mitgliedern geben könnte, die Arbeit der AG praktisch zu unterstützen. Vorgeschlagen wurde ein Arbeitskreis Medien, der inhaltliche Ausarbeitung und optische Gestaltung der Medien der AG übernimmt. Dies besonders dort, wo zwar Bedarf an Medien besteht, kaum aber Arbeitszeit für deren Entwicklung zur Verfügung steht. Z.B. eine Unterrichtseinheit, eine Foliensammlung o.ä. Der Arbeitskreis wird nur eingerichtet, wenn sich genügend Interessenten melden bei: **Peter Dickel, 0531 / 89 16 32**

**Gesucht wird ...**

ein Diaprojektor für die Öffentlichkeitsarbeit der AG, gerne auch mit mechanischer Einzeleingabe der Dias. Ferner wird für die Geschäftsstelle ein möglichst gut abdunkelndes Rollo mit einer Breite von 1m gesucht.

**Vorstandswahlen**

Auf der Jahreshauptversammlung wird der geschäftsführende Vorstand der AG neu zu wählen sein. Vom alte Vorstand, der vorschlägt, 7 statt bisher 5 Mitglieder zu wählen, wollen nur 3 Vorstandmitglieder ihre Arbeit fortsetzen. Wer sich für eine Mitarbeit im neuen Vorstand interessiert, kann sich natürlich schon jetzt über Arbeitsweise, notwendigen Aufwand an Zeit und Kraft informieren. Unser Geschäftsführer berät gerne ...

Im Klartext:

**Europa Endlager KONRAD**

Während allenthalben noch beteuert wird, die Endlagerung radioaktiver Abfälle verbleibe in nationaler Verantwortung und in Gorleben und KONRAD werde garantiert kein Atommüll aus anderen Ländern eingelagert, spricht der Text der Erklärung zwischen Großbritannien und der BRD vom 25. Juli eine ganz andere Sprache. Dort ist auch von der Rückführung von Stilllegungsabfällen aus der Wiederaufarbeitung die Rede. Im Originaltext heißt es:

- In diesem Zusammenhang werden die britische und die deutsche Regierung,

(iii) der Rückführung der bei der Lagerung, Wiederaufarbeitung, Entsorgung und Stilllegung im Zusammenhang mit den bestrahlten Brennelementen entstehenden Abfälle und Spaltstoffe in die Bundesrepublik Deutschland

keine Hindernisse entgegensetzen.

In der entsprechenden Erklärung mit Frankreich war lediglich die Rede von "der Rückführung der bei der Wiederaufarbeitung gewonnenen radioaktiven Spaltmaterialien und *aller dabei anfallenden Abfälle* in der Bundesrepublik" (Hervorhebung von uns). Tatsächlich dürfte das gleiche gemeint sein: Anlagen, in denen deutscher Atommüll bearbeitet wird gelten als deutscher (Stilllegungs)Abfall. Und deutsche Stilllegungsabfälle sollen bekanntlich in KONRAD eingelagert werden. Was wir seit 1976 erlebt haben, die Erweiterung des in KONRAD einzulagernden Mülls per Definition, erleben wir jetzt auf europäischer Ebene: Immer mehr Abfälle werden per Definition zu deutschem Abfall erklärt, bis eines Tages die Schamfrist vorbei und KONRAD europäisches Endlager ist.

Weitere Dokumente zur Europäisierung können in der Geschäftsstelle eingesehen und zum Selbstkostenpreis kopiert werden.



**Bankverbindungen:**

PGiroA Hannover Nr. 3787 52 - 308  
BLZ 250 100 30  
NORD/LB Wolfenbüttel  
Nr. 9 344 250, BLZ 250 500 00

**Büro:**

Bleckenstedter Straße 24  
3320 Salzgitter-Bleckenstedt  
Tel.: 0 53 41 - 674 92

**Öffnungszeiten:**

Montag bis Freitag 16 - 18 Uhr  
Dienstag 11 - 13 Uhr